

Aus Bund und Ländern

## Bundesärztekammer: Neue Mitglieder

KÖLN. Der Vorstand der Bundesärztekammer hat die Beitrittsanträge der Ärztekammern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen positiv beschieden. Weitere Beitrittsanträge lagen bei der Vorstandssitzung am 12. Oktober noch nicht vor. Bundesärztekammerpräsident Dr. Vilmar rechnet damit, daß Vertreter der neuen Kammern bereits bei der Vorstandssitzung im November beratend teilnehmen sollen.

In einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände von Bundesärztekammer und Kassenärztlicher Bundesvereinigung wurde über die Entwicklungen in den fünf neuen Bundesländern beraten. Die Vorstände zeigten sich beunruhigt und zum Teil sogar empört über „Massenkündigungen“, vor allem an einigen Polikliniken der ehemaligen DDR. Zum Teil seien diese auf Informationsmangel zurückzuführen, zum Teil stecke dahinter die Absicht einiger Poliklinikleiter, ab dem neuen Jahr mit einer „gesundgeschrumpften“ Besetzung in die Marktwirtschaft einzutreten, zum Teil seien aber auch Vertreter der alten Strukturen dafür verantwortlich zu machen; sie sorgten u. a. im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Bundestag im Dezember bewußt für Unruhe. NJ

## Millionen Mark für Berliner Gesundheitswesen

BERLIN. Mehr als 100 Millionen Mark (der ehemaligen DDR) aus sogenannten SED-Rücklaufgeldern sind im Frühjahr dem Ost-Berliner Gesundheitswesen von der PDS zur Verfügung gestellt worden. Das geht aus der Beantwortung einer Stadtverordneten-Anfrage durch den Ost-Berliner Stadt-

rat für Gesundheit, Dr. sc. med. Christian Zippel, hervor. Rund 12 Millionen Mark hat demnach die Charité erhalten. Etwa 1 Million Mark wurde für jeden Stadtbezirk verwendet. Der Rest des Geldes habe der Neubeschaffung von Medizintechnik und Investitions- sowie Werterhaltungsmaßnahmen gedient.

Die Zeitung „Neues Deutschland“ hatte die Übergabe schon Ende Juli gemeldet. Bestätigt wurde diese Nachricht aber erst kürzlich durch eine Kopie der entsprechenden Beantwortung der Anfrage. Darin bestätigt Zippel auch einen ordnungsgemäßen Einsatz der Mittel. th

## Krankenhäuser: Kooperation mit der DDR

MÜLHEIM/RUHR. Der Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands e. V. (VKD), Mülheim/Ruhr, die berufspolitische Organisation der Verwaltungsleiter westdeutscher Krankenhäuser, hat beschlossen, enger mit dem Verband der Verwaltungsdirektoren der Krankenhäuser in der früheren DDR (VVK), Dresden, zu kooperieren. Anlässlich einer gemeinsamen Vorstandssitzung am 11. Juli in Berlin-Friedrichshain wurde vereinbart, daß die Mitglieder des VVK ab sofort in den Verwaltungsdirektorenverband eintreten können.

Der Verwaltungsdirektorenverband hat eine lange Tradition: Er wurde am 5. Juli 1903 in Dresden unter dem damaligen Vereinsnamen „Vereinigung der Verwaltungsvorstände der Krankenhäuser Deutschlands“ gegründet. Die Verwaltungsleiter der ehemaligen DDR-Krankenhäuser haben im Frühjahr 1990 einen eigenen Verband gegründet, dessen Satzung weitgehend mit der des Verbandes der Krankenhausdirektoren Deutschlands in der Bundesrepublik identisch ist. EB

## Ringvorlesung „Medizin im Nationalsozialismus“

KIEL. Im Wintersemester 1990/91 findet montags um 20 Uhr eine Ringvorlesung zum Thema „Medizin im Nationalsozialismus“ im Auditorium Maximum der Universität Kiel statt (lediglich die Veranstaltung am 11. Dezember fällt auf einen Dienstag). Die Veranstaltungsreihe ist von einer Gruppe von drei Medizinstudenten geplant und vorbereitet worden. Nach Auffassung der Initiatoren haben Mediziner auch aufgrund des gewachsenen gesellschaftlichen Stellenwertes der Medizin eine besondere Verantwortung. Ein Aspekt dieser Verantwortung liege darin, auch über die dunklen Seiten der Medizin sowie ihre Mißbrauchsmöglichkeiten im historischen und aktuellen Zusammenhang zu informieren und aufzuklären. Diese dunklen Seiten der Medizin würden stets dort wirksam, wo Ärzte und Ärztinnen ihr Wissen und Können nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden der Menschen einsetzen. Alle Referenten der Ringvor-

lesung werden deshalb in ihren Vorträgen nicht nur Aspekte der nationalsozialistischen Medizin darstellen, sondern auch Bogen schlagen zu weiteren Fragen und Problemen, die in Zusammenhang mit ihren Vortragsthemen stehen. WZ

## Delegiertenwahl bei Hinterbliebenenkasse

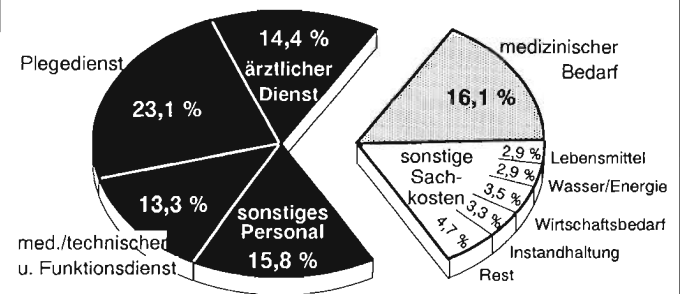
MÜNCHEN. Die satzungsgemäßen Wahlen zur Delegiertenversammlung der Hinterbliebenenkasse der Zahnärzte VVaG., München, finden im Februar 1991 statt. Dies ist auch für Ärzte wichtig, weil im Zusammenhang mit der Übernahme der HdZ durch die Bayerische Ärztersorgung eine Bestandsübertragung von Sterbegeldversicherungen stattfindet.

Wahlunterlagen für die Briefwahl werden bis zum 31. Januar 1991 versandt. Mitglieder, die an einer Kandidatur für die Delegiertenwahl interessiert sind, können bis 15. November 1990 Unterlagen anfordern bei: Hinterbliebenenkasse der Zahnärzte, Landwehrstr. 28/III W-8000 München 2. EB

## Kostenstruktur im Krankenhaus

66,6 % Personalkosten

Sachkosten 33,4 %



Quelle: DKG

© FraBo 1990

Die von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Düsseldorf, veröffentlichte Auswertung der Selbstkostenblätter weist den Personalsektor als größten Bereich aus. Die Sachkosten, besonders der nichtmedizinische Bedarf, erscheinen dagegen eher bescheiden. Die Belastung des Personals hat in den letzten Jahren zugenommen; allein im Jahr 1988 wurden drei Prozent mehr Patienten versorgt als 1987, und der Personalbestand ist nicht entsprechend der erhöhten Inanspruchnahme aufgestockt worden; das betrifft insbesondere den Pflegebereich. Der wichtige Bereich „Ausbildungsstätten“ schlägt mit nur 0,7 Prozentpunkten zu Buch und ist in den sonstigen Sachkosten enthalten